

Neue CDU-Anträge

- Übernahme von BVVG-Flächen zur Stärkung der Brandenburger Agrarstrukturen **mehr**
- Leistungs- und Effizienzvergleiche der öffentlichen Verwaltung **mehr**

Weitere News

Finanzen

Steuerplus von 165 Millionen Euro für Brandenburg

Brandenburg kann für das Jahr 2011 und 2012 mit einem Plus von jeweils 165 Millionen Euro an Steuergeldern rechnen. Das hat eine Schätzung von Experten des „Arbeitskreises Steuerschätzung“ ergeben. Die Landesregierung soll dies zusätzlichen Einnahmen konsequent zur Schuldensenkung einsetzen, fordert die CDU-Landtagsfraktion. „Wenn es gelingt, kann Brandenburg bereits im Jahr 2013 die Neuverschuldung beenden. Rot-Rot darf daher der Versuchung des Geldausgebens nicht erliegen, sondern muss sich in Ausgabendisziplin üben“, sagte der CDU-finanzpolitische Sprecher Ludwig Burkardt.

Bildung

Förderschulen müssen bleiben!

Für die rund 16.000 Förderschüler in Brandenburg ist die Zukunft ungewiss. SPD und LINKE wollen die Förderschulen bis zum Jahr 2019 abschaffen! Die CDU-Landtagsfraktion kämpft seit Jahren für ein vielfältiges Bildungssystem, in dem alle Schüler gefördert werden. Sie setzt sich für den Fortbestand der Förderschulen ein! Im März dieses Jahres beschäftigte sich der Landtag auf Antrag der CDU-Fraktion mit der Zukunft der Förderschulen. Die Landesregierung hatte der Fraktion „Panikmache“ vorgeworfen. Keine Woche später verkündete die Bildungsministerin öffentlich die Komplett-schließung. Der Wille der Landesregierung bedeutet, dass den Kindern mit Behinderung ihre Entfaltungsräume genommen werden. Alle Argumente, warum wir unsere Förderschulen in Brandenburg brauchen, lesen Sie in unseren neuen Flyern - **hier zum Download**.



Mehr Informationen u.a. zu:

Wirtschaftsfaktor Schifffahrt, Hochschulpakt, Fachkräftemangel auf unserer Internetseite www.cdu-fraktion-brandenburg.de



FOTO DER WOCHE 18. MAI

Protest gegen Platzeck

Am Mittwoch protestierten vor dem Landtag in Potsdam dutzende Brandenburger Bürger gegen die Politik des Ministerpräsidenten. Sie forderten von Matthias Platzeck und seiner Landesregierung einen Stopp der Massenbebauung mit Windindustrieanlagen. Anfang dieses Jahres hatte das von der Linkspolitikerin Anita Tack geführte Umweltministerium Baubeschränkungen für derartige Anlagen gelockert.



Stasi-Richter - Aufklären statt Aussitzen!

Die berechtigte Empörung über die zahlreichen Stasi-Fälle in der Justiz und in der Polizei hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Doch die Stasi-Vergangenheit von Richtern soll nach dem Willen von SPD und Linke getreu der „Lex Brandenburg“ unter den Teppich gekehrt werden.

Die Linke überrascht damit nicht, schon im Jahr 2003 lehnte sie die Verwendung der sogenannten Rosenholz-Dateien mit dem Hinweis auf rechtliche Unzulässigkeit und der Erzeugung eines „Generalverdachts“ ab und spult nun ihr traditionelles Begründungsrepertoire ab. Neu ist aber, dass Brandenburgs Ministerpräsident Platzeck die linke Rhetorik übernommen hat und ebenfalls von einem Generalverdacht der Opposition, in diesem Fall gegen die Richterschaft im Land, spricht. Ist das der Brandenburger Weg? Haben die Menschen in diesem Land nicht das Recht, zu wissen, wer im Namen des Volkes Recht spricht? Die CDU-Landtagsfraktion wird weiter fragen. Wie schafft der Ministerpräsident den Spagat in seiner abenteuerlichen Argumentation, wenn sein eigener Parteifreund Dietmar Woidke die Polizeiführung überprüfen will? Der Innenminister möchte in einem hochsensiblen Bereich der öffentlichen Verwaltung, dort wo die Staatsgewalt ausgeübt wird, sicher sein, dass die Polizeiführer jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten und nicht durch eine Spitzeltätigkeit das Vertrauen von Menschen missbraucht haben. **Weiterlesen im Internet**



Vorsitzende Dr. Saskia Ludwig: „CDU-Fraktion setzt auf Aufklärung.“